

UMWELT

Gesundheitsschutz ernst nehmen

Nicht allein die überall das Stadtbild prägenden Baustellen machen den Straßenverkehr zu einer Tortur für Autofahrer und Anwohner.

Neueste Zahlen des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung belegen, dass der Pendelverkehr in den vergangenen Jahren stark angestiegen ist. Waren es im Jahr 2000 noch 54.000 Menschen, die täglich nach Kassel (und auch wieder hinaus) fahren, waren es 2015 schon 61.100. Ein Problem stellt dabei u.a. der ungezügelter PKW-Verkehr zum Nachteil der Umwelt und der Lebensqualität der hier lebenden Menschen dar.

Trotz Verbesserungen in der Technik führt immer mehr Verkehr zu nicht akzeptablen Belastungen von Anwohner*innen und Umwelt durch Luftschadstoffe und Lärm. Entgegen den verkündeten Verbesserungen für Mensch und Umwelt, wird in der Praxis das bisherige Verhalten nicht geändert. So werden mit zahlreichen Autobahnausbauten und Neubauten neue Kapazitäten, und damit mehr Lärm und Abgase, für mehr Autoverkehr rings um Kassel geschaffen.

Autobahnausbau geplant

Mit dem Ausbau der Autobahn 49 von Neuental bis zur A5 bei Gießen wird sich der überwiegende Teil des Lkw-Verkehrs von der wesentlich bergigeren A7 verlagern. Bei den hohen Lkw-Zahlen ist der anschließende Ausbau der A49 auf 6 Streifen heute schon absehbar. Den Verkehr aus dem Süden am Kreuz Kassel West an der Nutzung der geradeaus weiterführenden A49 zu hindern ist illusorisch. Der Logik der Bereitstellung immer neuer Kapazitäten folgend, ist auch in diesem A49 Abschnitt der 6-streifige Ausbau absehbar.

Auch der Neubau der A44 in Richtung Wommen/Herleshausen schafft erhebliche neue Kapazitäten für mehr Verkehr.



Am Katzensprung: Starkes Verkehrsaufkommen auf Kosten der Lebensqualität

Die im Jahr 2010 gemessenen Verkehrszahlen mit auf weiten Strecken weniger als 20.000 Kfz pro Tag rechtfertigen eigentlich keinen Bau einer Autobahn.

Außerdem ist der 8-streifige Ausbau zwischen Kassel Ost und Kassel Süd ist bereits im Gange.

Umweltschutz als zahnlöser Tiger

Das Klimaschutzziel des Landes Hessen, die Treibhausgasemissionen bis 2020 im Vergleich zum Jahr 1990 um 30 Prozent zu senken, spielt genauso wie die Überschreitung der zulässigen Grenzwerte für Stickoxide im Ballungsraum Kassel bisher in den Planungsverfahren keine Rolle. Der berechnete Widerstand von Anwohner*innen und Ortsbeiräten gegen absehbar höhere Belastungen durch Aus- und Neubau von Autobahnen findet

bisher keine konsequente Berücksichtigung in der Politik und im Verwaltungshandeln der Stadt Kassel.

Wer den Gesundheits- und Umweltschutz ernst nimmt, kann der Erhöhung der Belastung durch immer neue Autobahnkapazitäten nicht tatenlos zusehen. Die Stadtverordnetenversammlung soll sich gegen den weiteren Ausbau und Neubau der Autobahnen in und um Kassel aussprechen. Einen entsprechenden Antrag hat die Fraktion der Kasseler Linke gestellt. Wenn dieser eine Mehrheit erhält, wäre die Verwaltung beauftragt in den Planungsverfahren offensiv für den Gesundheitsschutz einzutreten.

RÜSTUNGSINDUSTRIE IN KASSEL

Tödliche Geschäfte

Sagt mir, wer vom Krieg profitiert, und ich sage euch, wie man den Krieg beendet - Henry Ford

Vor Jahren schrieb ich noch von der schleichenden Militarisation unserer Gesellschaft. Die Zeit ist vorbei. Die Bundeswehr wurde immer stärker zu einer global agierenden Interventionsarmee umstrukturiert. Dieser Prozess wird fortgesetzt. Er ist von der politischen Mehrheit gewollt.

Kasseler Unternehmen verdienen mit

Die Firma Rheinmetall meldet Ende März einen Rekordumsatz von mehr als 5,6 Mrd. Euro. Laut Vorstandschef Papperger hat davon allein die Rüstungsparte 147 Mio. Euro Gewinn erwirtschaftet. So viel kann man nicht allein an die Bundeswehr verkaufen. An wen wurden die Kriegswaffen also verkauft? Fast die Hälfte gingen 2016 in die arabischen Kriegs- und Krisengebiete. Dabei kooperieren die Konzerntochter Rheinmetall Denel Munition und Militärbetriebe Saudi-Arabiens. Steigende Umsätze werden erwartet, denn die Golfstaaten rüsten immer mehr auf. Allein Saudi-Arabien

zahlte 2015 für neue Waffensysteme und für die eigenen Streitkräfte 87 Milliarden US-Dollar. Saudi-Arabien ist z.B. führend im Krieg im Jemen, ein Stellvertreterkrieg mit 10 000 Toten und Millionen Vertriebener. Kaum jemand nimmt davon Notiz und zynischerweise wird sowohl in der Politik als auch in den Medien überwiegend verniedlichend von Krise oder Konflikt gesprochen. Ein Ende in Sicht? Keineswegs, im Gegenteil: Prognosen gehen von jährlich wachsenden Rüstungsausgaben im Mittleren Osten und Nordafrika aus und die Profiteure sind die sog. „Big Five“. Neben Rheinmetall zählt dazu auch Krauss-Maffei Wegmann.

Krauss-Maffei Wegmann: Der Rüstungskonzern (KMW) entstand 1999 aus der Fusion von Krauss-Maffei aus München und Wegmann aus Kassel. KMW fusionierte 2015 mit dem französischen Rüstungsunternehmen Nexter. Das ist praktisch, weil dadurch die Ausfuhrbestimmungen nicht mehr so streng sind. In Kriegsgebieten und von autoritären Regimes aller Art besonders begehrt ist der Kampfpanzer Leopard 2. Er steht in der Tradition der schweren

Kampfpanzer Tiger I + II, die während der Nazi-Zeit seit 1942 in Kassel gebaut wurden. Wegmann stellte die Panzertürme her. Die Hälfte aller Rüstungsarbeiter waren ZwangsarbeiterInnen.

Der Leopard 2 zählt zu den deutschen Exportschlägern, auch, weil er speziell für den Einsatz gegen Demonstranten ausgerüstet ist. Und wen wundert es, dass Krauss-Maffei Wegmann auf Werbetour bei den internationalen Waffenschau ist. Abu Dhabi ist nicht nur wegen der Kauflust Saudi-Arabiens dabei besonders interessant.

Für Demokratie und Menschenrechte oder doch nur Propaganda?

Laut der Bundesregierung verteidigt Deutschland mit dem Verkauf der Kriegswaffen die Menschenrechte, baut Brunnen, Brücken und Schulen, fördert die Demokratie und natürlich die Rechte der Frauen. Wer das glaubt, glaubt auch an den Osterhasen. Eugen Drewermann sagte schon im Februar 2011 bei einer Friedenskundgebung gegen die Münchner „Sicherheitskonferenz“: „Sicherheit ist nicht mehr der Schutz der deutschen Bürger im In- und Ausland, Sicherheit ist der Schutz unserer Finanz- und Wirtschaftsinteressen“.

Der frühere Bundespräsident Gustav Heinemann sagte in seiner Begründung für die Wiederbelebung der Friedensforschung:

„Krieg löst kein Problem, sondern verschärft alle schon vorhandenen.“

Das stimmt noch immer. Auch wenn es mühsam ist, müssen wir uns weiter mit sozialen Bewegungen für den Frieden vernetzen, so international und solidarisch wie möglich.

Marlis Wilde-Stockmeyer

Und deshalb:

- Waffen bringen keinen Frieden. Rüstungsexporte stoppen!
- Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion.
- Keine Werbung für die Bundeswehr an Schulen.
- Solidarität mit den aus Kriegsgebieten und vor autoritären Regimes flüchtenden Menschen!



Phantasievoller Protest gegen Rüstungsproduktion in Kassel. Hier im August 2012 vor dem Produktionsstandort der Firma Kraus-Maffei Wegmann in der Kasseler Nordstadt

LEIHARBEIT

Perspektivlosigkeit mit System

In der Stadt Kassel gibt es aktuell 34 Zeitarbeitsfirmen. 4.300 Menschen aus Kassel befanden sich nach Auskunft der Hans-Böckler-Stiftung im Jahr 2016 in Leiharbeitsverhältnissen.

Wer in dem Onlineportal Jobbörse der Agentur für Arbeit einen Arbeitsplatz sucht, merkt sehr schnell, dass z.B. in der Branche Metall-, Maschinen und Fahrzeugbau 90% der Stellen von Zeitarbeitsfirmen angeboten werden. Doch Vorsicht! Eine Vielzahl der dort angebotenen Stellen existiert in Wirklichkeit gar nicht. Leihfirmen sammeln nämlich zunächst einmal personenbezogene Daten. Je größer der Pool der eingehenden Bewerbungen ist, desto größer ist die Chance der Leihfirmen, jemanden zu einem Unternehmen zu verleihen. Um aber an genügend Bewerbungen zu kommen, schalten Leihfirmen entsprechende Stellenangebote. Diese Stellenangebote sind aber oftmals nicht da, oder sie überschneiden sich mit selbigen Angeboten von konkurrierenden Leihfirmen.

Das bedeutet, dass z.B. Firma XY eine

zeitweilige Arbeitskraft als Industriemechaniker sucht und dann mehrere Leihfirmen, die von dem Bedarf der Firma XY wissen, ein Angebot als Industriemechaniker veröffentlichen. Die örtlichen Arbeitsämter und Jobcenter kontrollieren in der Regel die Verbindlichkeit dieser Stellen nicht und setzen stattdessen gutgläubig auf die Kooperation mit den Leihfirmen. In Kassel ist das auch der Fall. Dabei kommt den Arbeitsämtern dieser Schwindel bzw. Betrug durchaus gelegen, da sich damit hervorragend die Statistik der offenen Stellen fälschen lässt. Außerdem dienen diese Schwindelangebote, um Druck auf Bewerber auszuüben. Wer sich nämlich auf vorgeschlagene Stellen nicht bewirbt, muss mit Einschränkungen von ALG I oder ALG II rechnen. Der Bewerber weiß allerdings in der Regel nicht, dass diese Stellenangebote in der Realität nicht existieren . . . Nach unseren Recherchen handelt es dabei um ca. 40% der „Stellenangebote“.

Beispiel Bombardier

Bei dem kanadischen Lokomotivbauer Bombardier wurden trotz guter Auf-

tragslage sämtliche Leiharbeiter*innen zum 31.03.2017 abgemeldet. Man sagte den Kolleginnen und Kollegen, dass sie eventuell im Sommer wiederkommen könnten. Bei Bombardier wird Leiharbeit seit über 10 Jahren angewandt. Vor dem Hintergrund solcher Verhältnisse stellt sich die Frage, wie gerade jüngere Menschen die sich in Leiharbeit befinden, ihr Leben zumindest halbwegs vernünftig planen können? **Mirko Düsterdieck**



Jobcenter der Stadt Kassel

OBERBÜRGERMEISTERWAHL

4400 Stimmen für ein soziales Kassel

Murat Cakir, der Kandidat der Kasseler Linken konnte bei der Oberbürgermeisterwahl am 5. März mit 8,4 Prozent ein mehr als achtbares Ergebnis einfahren.

Wenig überraschend wurde der Kämmerer und von Anfang an als Favorit gehandelte SPD-Kandidat Christian Geselle relativ klar im ersten Wahlgang gewählt.

Eine Vision für ein sozialeres und umweltfreundlicheres Kassel suchte man bei den Wahlkampfauftritten Geselles vergebens. So war es weitgehend Murat Cakir vorbehalten, den Finger in die Wunden zu legen und aufzuzeigen, dass sich hinter der glänzenden Fassade der vordergründig boomenden und sich zugleich haushaltspolitisch konsolidierenden Welterbe- und Documentastadt ein Berg von ungelösten Problemen auftürmt, über die Christian Geselle im Wahlkampf eher ungern reden wollte. So wird etwa in Kassel zunehmend Wohnraum für Menschen mit niedrigeren

Einkommen knapp. Während innerhalb der letzten fünf Jahre knapp 1.500 Sozialwohnungen aus der Sozialbindung gefallen sind, stiegen im gleichen Zeitraum die Angebotsmieten um fast ein Drittel. Nötig wäre ein Maßnahmenpaket um Mietsteigerungen wirksam zu begrenzen und den sozialen Wohnungsbau wieder anzukurbeln. Von der SPD, die im OB-Wahlkampf unter anderem bezahlbaren Wohnraum plaktierte, kam zu diesem Thema nichts Substantielles. Die von DGB und Mieterbund geforderte und von der Kasseler Linken in der Stadtverordnetenversammlung als eine von mehreren notwendigen Maßnahmen eingebrachte Sozialwohnungsquote von 30 Prozent bei Neubauten wurde von der SPD-Fraktion wie auch von der CDU abgelehnt.

Weitere strittige Punkte sind die mit Einsparungen und Angebotsverschlechterungen verbundene geplante KVG-Netzreform, die als Sparprogramm umgesetzte Inklusion an den Schulen, der

fortschreitende Verfall der Schulgebäude, die überhöhten Feinstaubwerte in der Luft, gegen die der Magistrat nicht mit wirksamen Mitteln vorgehen will, um die Autofahrer nicht zu verärgern usw.

Murat Cakir machte all diese Punkte zum Thema und brachte mögliche Alternativen in die Diskussion ein während der spürbar dünnhäutige und leicht reizbare Geselle sich meist auf Abblocken, Abwiegeln und die demonstrative Arroganz der Macht verlegte.

Um wirklichen politischen Druck für eine andere soziale und ökologische Stadtpolitik aufbauen zu können, reichen ein guter charismatischer Kandidat und eine kämpferische linke Stadtverordnetenfraktion nicht aus. Dafür brauchen wir die Bewegungen auf der Straße, im Alltag und in den Stadtteilen, Menschen die sich rühren, wenn ihnen der Schuh drückt.

Lutz Getzschmann

UMWELT

K+S rücksichtslos gegen die Umwelt

Nein, neu ist das nicht: Bergbau-Konzerne kümmert es nicht wirklich, nirgends auf der Welt, wenn sie die natürlichen Ressourcen beschädigen, ruinieren, gänzlich auf den Hund bringen.

Bis dahin, dass zahlreiche Trinkwasserbrunnen - wie hier bei uns im Salzrevier bei Heringen, im äußersten Nord-Osten von Hessen - geschlossen werden müssen, weil das Trinkwasser versalzen ist bis zur Ungenießbarkeit. Was K+S seit vielen Jahren im Weser-Werra-Revier so treibt, ist dennoch etwas Besonderes.

Aber fangen wir mal da an, wo eigentlich das Umweltengagement der Bundesrepublik Deutschland, des Landes Hessen und natürlich des Konzerns spätestens hätte massiv einsetzen müssen: Genau zu dem Zeitpunkt nämlich, als die EU die für alle EU-Länder verbindliche Wasser-Rahmen-Richtlinie (WRRL) beschlossen hat, im Jahr 2000. Nach dieser Richtlinie ist Wasser grundsätzlich keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss!

Seitdem ist aber nicht viel passiert, zumindest nichts entscheidend Posi-

tives zur Entlastung des Grundwassers, der Böden, der tieferen Gesteinsschichten und der beiden betroffenen Flüsse Werra und Weser! Stattdessen hat K+S mit einem prominent besetzten runden Tisch (um 2010) und immer wieder mit Hilfe der Politik (vor allem den drei grünen Umweltministerien aus Hessen, Niedersachsen und Thüringen) erfolgreich auf Zeit gespielt, Investitionen in ausreichend wirksame Umwelttechnik vermieden und neue Genehmigungen und problematische Erlaubnisse zur Fortführung seines ausgesprochen bedenklichen Verhaltens bei der Salzproduktion erwirkt.

K+S lässt es an wirksamem Umwelt- und Trinkwasserschutz fehlen

Aus dem Blickwinkel der betroffenen Umweltmedien - der Flüsse Werra und Weser, des Trink- und Grundwassers, der Böden und der tieferen Gesteinsschichten - muss ein Totalversagen des Konzerns konstatiert werden! Die riesigen Salzhalden, die heute schon eine Höhe von fast 300 Metern aufweisen, wachsen ständig weiter in den Himmel und geben große Mengen belastete Sickerwässer ab. Auch das bei der Produktion permanent anfallende Salzwasser wird auf die primitivste Weise entsorgt: In die Werra oder in tiefere Gesteinsschichten. Und das, obwohl alle Welt weiß, dass erhebliche Mengen der vielen Millionen Kubikmeter, die K+S bereits in tiefere Gesteinsschichten gepresst hat (man nennt das Plattendolomit), längst wieder an der Oberfläche angekommen sind. Auf dem Weg dorthin belasten sie Trink- und Grundwasser und oben angekommen, fließt die Salzbrühe in die Werra. So bleibt festzustellen, dass K+S, im Prinzip wie seit Jahrzehnten, die bestens eintrainierten Entsorgungspfade nutzt - ganz so, als gäbe es keine Regeln, keine gültigen Richtlinien, keine behördliche Aufsicht und keine wirksamen Techniken zur Abfallvermeidung: Ab auf den Berg, runter ins Gestein und hinein in die Werra!

Die grüne hessische Umweltministerin lässt K+S gewähren

Auch wenn das Regierungspräsidium Kassel K+S, an der langen Leine der Umweltministerin, erneut und vermutlich letztmalig erlaubt hat, auf der Grundlage eines in den Augen vieler Experten

äußerst zweifelhaften Gutachtens, bis 2021 1,5 Mio. Kubikmeter pro Jahr ins Gestein pressen zu dürfen, wird K+S trotzdem immer wieder an die Grenzen des Erlaubten stoßen. Wie in der Vergangenheit wird der Konzern immer wieder Kurzarbeit anmelden müssen, weil die Werra in den Trockenphasen einfach keine zusätzliche Salzfracht mehr aufnehmen kann. K+S stößt damit immer öfter auf selbstverschuldete Probleme.

Genau deshalb hat K+S nun den sogenannten Werra-Bypass aus der Taufe gehoben. Damit sollen erhebliche Teile der nicht mehr in die Werra einleitbaren Salzlaugen über einen 145 km (!) langen Abwasserkanal quer durch Nordhessen transportiert und dann mitten in sensiblen Bereichen des Reinhardswaldes, in gigantischen, viele Hektar großen, eingezäunten Betonbecken zwischengelagert werden. Von dort sollen die Abwässer dann dosiert, d.h. je nach Aufnahmefähigkeit der Weser, in den Fluss geleitet werden.

Jetzt endlich handeln

Statt also endlich, mit vielen Jahren Verspätung, in eine technisch sehr wohl mögliche Lösung vor Ort zu investieren, wird Geld in eine Umweltsünde gigantischen Ausmaßes gesteckt und das Problem damit nur verlagert. Genau diese letztgenannte Maßnahme ist es, die nun auch den Naturschutzbeirat des Landkreises Kassel qua Amt auf den Plan gerufen hat. Nachdem der Beirat sich 2016 schon mit einer weithin beachteten Protest-Erklärung an die Öffentlichkeit gewandt hat, meldete er sich kürzlich - nach einem Besuch des Werkes in Heringen Ende 2016 - erneut zu Wort und hat zu Kundgebungen vor der Konzernzentrale in Kassel, aber auch in Brüssel, vor dem Büro des EU Umweltministers, aufgerufen. Seine Erklärung schließt mit dem Satz: „Wenn die Kinder der heute im Werrarevier Beschäftigten noch eine Zukunft haben und wenn sie darüber hinaus auch noch das Wasser der Region trinken sollen, muss K+S endlich in die notwendigen Techniken zur abfallfreien Produktion investieren.“

Der Naturschutzbeirat des Landkreises fordert den Einsatz moderner Technik

Das, was der Naturschutzbeirat da



„Auf dem Gipfelplateau ... angekommen, belohnen wunderbare, weite Ausblicke in das Land hinein...“ - Stadt Heringen pflegt eigenen Umgang mit der Abraumhalde auf ihrer Webseite.

fordert, ist seit vielen Jahren nicht nur technisch möglich, vielmehr andernorts längst Realität: So z.B. im Werk Iberpotech in der Nähe von Barcelona. Mit der Drohung der EU, Spanien vor dem Europäischen Gerichtshof zu verklagen, wurde dort derartiger Druck aufgebaut, dass seit 2014 an der technischen Wende, hin zu einer salzabwasserfreien Produktion, gearbeitet wird. Während hier bei uns die übermächtige Bundesregierung die schützende Hand über K+S hielt und noch hält, gab es dort nur eine schwache spanische Regierung. Während dort seit 2014 nach einem aufwändigen Plan, der auf den schönen Namen Phönix hört, in den Bau einer hochleistungsfähigen, sogenannten Vakuumkristallisationsanlage investiert worden ist, die nach Auffassung des deutschen Umweltbundesamtes auch die Probleme in der Werraregion lösen könnte, wird bei K+S gemauert und auf billigere Scheinlösungen gesetzt.

Statt Solidarität mit dem Konzern: Druckaufbau für den Einsatz einer modernen Technik mit Zukunft

Somit wird die unverbrüchliche Solidarität der Gewerkschaften mit den im Revier Beschäftigten und die Durchhalteparolen der Kasseler Sozialdemokraten à la Decker und Frankenberger anlässlich der von K+S spätsommerlich und pressewirksam im September 2016 in Szene gesetzten Menschenkette der Kali-Kumpel zur „falschen Kumpaneie“. Wer K+S nicht zwingt, endlich die vorhandene Umwelttechnik einzusetzen, ist mitverantwortlich für Kurzarbeit und Perspektivlosigkeit. Nur wenn jetzt sofort die richtigen Investitionen durchgesetzt werden, gibt es eine Perspektive für die Kalikumpel und ihre Kinder, die Bergleute der nächsten Generation! Der Widerspruch zwischen Umweltschutz hier und Arbeitsplätzen bei der Produktion hochwertiger Salze dort ist ein Scheinwiderspruch: Denn nur dann, wenn K+S zur

Umkehr gezwungen werden kann, wird in Heringen langfristig Salz gewonnen werden können. Und nur dann haben die Kumpel einen sicheren Arbeitsplatz.

Aus dem was K+S an Rohstoffen wegwirft, in Abfallhalden auftürmt, den Flüssen zumutet und dem Grundwasser antut, machen spanische Kalikumpel, in derselben EU, hochreine Salze, die sich gerade auf den komplizierter gewordenen Salz-Absatzmärkten bestens verkaufen lassen. Die Lösung liegt also – und das ist nicht nur hier so – in einem aktiven und kreativen Umweltschutz. Den gilt es gegen den Konzern und seine Aktionäre durchzusetzen.

Deshalb sollte jeder, dem Wasser wichtiger denn Profit ist, am 10. Mai 2017, vor der Stadthalle in Kassel, anlässlich der nächsten Aktionärskonferenz von K+S, mit uns demonstrieren!

Eckhard Jochum

KVG NETZREFORM

Wir bleiben am Thema dran

Die Monate ziehen ins Land und immer noch gibt es keine Entscheidung darüber, ob die Liniennetzreform nun kommt oder nicht und ob alle Kürzungen an Buslinien abgewendet werden können.

Auch die Bürgerversammlung lässt weiter auf sich warten. Während SPD und Grüne die Verteilung von Dezernentenposten diskutieren und versuchen eine Koalition mit den beiden fraktionslosen Stadtverordneten der Liberalen zu zimmern, ist die Kasseler Linke beim Thema aktiv geblieben. Zwei Anträge sind dabei besonders zu erwähnen. Nachdem das Verschieben der Bürgerversammlung mit einer fehlenden Antragsvorlage begründet wurde, haben wir kurzerhand selbst eine Vorlage für die Liniennetzreform erstellt – mit den Verbesserungen für den Nahverkehr aus dem Entwurf der KVG und den Vorschlägen der Umweltverbände und Ortsbeiräte, ohne Kürzungen, aber mit dem Planungsauftrag für die Tram nach Harleshausen als Einstieg in den Ausbau des ÖPNV. Die Fakten liegen schließlich alle auf dem Tisch.

Sozialticket nötig

Ebenso beantragen wir, dass der Magistrat die Kosten eines Sozialtickets

im Sozialausschuss vorstellt. Bisher kursieren sehr unterschiedliche Kosteneinschätzungen. Durch die Berechnung verschiedener Varianten hätte man eine Entscheidungsbasis für ein Sozialticket

geschaffen und wäre hoffentlich einen Schritt weiter in der Umsetzung des Rechts auf Mobilität – für jede und jeden!

Violetta Bock



KULTUR

documenta 14 in Athen und Kassel

Erstmals findet die documenta in zwei Städten und in zwei verschiedenen Ländern statt.

Kassel als Ursprungsort der documenta soll dabei nicht dominieren, sondern zusammen mit Athen nach dem Konzept des documenta-Leiters Adam Szymczyk gleichberechtigt sein. Der Ausstellungsbetrieb hat in Athen bereits am 8. April begonnen, Kassel folgt am 10. Juni.

Motto: „Von Athen lernen“

Was das heißt, wie es umgesetzt wird, das zu beurteilen ist noch verfrüht. Aber auch in Kassel werden erste documenta-Kunstwerke bereits sichtbar. Ich konzentriere mich beispielhaft auf den traditionell zentralen Ausstellungsplatz vor dem Fridericianum, dem Friedrichsplatz. Spektakulär wird hier der „Parthenon

der Bücher“ aufgebaut. Parthenon heißt der fast 2500 Jahre alte Tempel der Stadtgöttin Pallas Athena auf der Akropolis, dem Wahrzeichen Athens. Nach der Idee der argentinischen Künstlerin Marta Minujin wird der Tempel im Originalmaßstab auf dem Friedrichsplatz aufgebaut. Knapp 31 mal 70 Meter. 150 Tonnen Metall- und Holzteile werden allein für das Gerüst verbaut. Wozu das Ganze? Der Tempel soll bestückt werden mit 100 000 Büchern, die verboten waren oder noch verboten sind. Sie werden gesammelt und alle Menschen sind aufgefordert, sich mit einer entsprechenden Bücherspende daran zu beteiligen.

Geschichtsträchtiger Platz

Verbotene Bücher auf dem Friedrichsplatz auszustellen, ist für sich schon ein politisches Zeichen: Denn am 19. Mai

1933 fand auf dem gleichen Platz die Bücherverbrennung durch Kasseler Nationalsozialisten statt. Die Verbrennung der Bücher von verbotenen Autoren und Autorinnen. Und diese Bücher können nun im documenta-Kunstwerk „Parthenon der Bücher“ am gleichen Platz wieder sichtbar gemacht werden.

Laut Aussagen der Kuratoren sollen sich die Ausstellungen mit globalen Prozessen wie z.B. der Krise der Demokratie befassen und sich mit der Frage „Wie wollen wir in dieser Welt gemeinsam leben?“ auseinandersetzen.

Ich bin gespannt, welche Rolle dabei der Kapitalismus, speziell auch der Finanzkapitalismus mit seinen verheerenden Auswirkungen für die Mehrheit der Menschen, in den Kunstwerken spielen wird.

Marlis Wilde-Stockmeyer



Ein Ausstellungsplatz mit langer Geschichte: Der Friedrichsplatz wird für die documenta hergerichtet.

LINKSJUGEND [‘SOLID] KASSEL

Sozialistisch, links und demokratisch

Vor einem Jahr haben sich ein paar junge Leute in und im Umfeld der Kasseler Linken zusammengetan und die Linksjugend [‘solid] Kassel, den parteinahen Jugendverband der Partei DIE LINKE, wiedergegründet.

Seitdem treffen sich wöchentlich bis zu 12 aktive linke Jugendliche, um gemeinsam linke Theorie zu erarbeiten und Aktionen zu planen.

An letzterem mangelte es nicht: egal, ob antifaschistische Aktionen in der Innenstadt, gemeinsame Fahrten zu Demonstrationen wie die im September gegen TTIP in Frankfurt/Main oder Solidaritätskundgebungen vor dem Rathaus für die spanische Schülerschaft, wir waren immer präsent und aktiv gegen den Kapitalismus und seine Auswüchse. Ein Highlight war der Jugendwahlkampf für die Oberbürgermeisterwahlen, wo wir einen eigenen Jugendwahlauftritt geschrieben und 5000 Mal an Kasseler Schulen und in der Stadt verteilt haben.

Zur Praxis gehört aber auch die Theorie dazu: Jede Woche gibt es ein Referat oder einen kurzen Input zu einem aktuellen oder historischen politischen Thema, außerdem erarbeiten wir uns gemeinsam marxistische Grundlagen. Damit bei all dem der Spaß nicht zu kurz kommt, treffen wir uns ab und zu auch zu sozialen Aktivitäten, schauen beispielsweise Filme zusammen oder grillen gemeinsam im Park. So hat sich die Gruppe konsolidiert, vor kurzem einen SprecherInnenrat gewählt und bereit für die Aufgaben in diesem Jahr: Wir werden der AfD, G20 und dem System Feuer unter Hintern machen!



Solidaritätsaktion von [‘solid] auf der Rathaustreppe

Linksjugend [‘solid] - wer sind wir?

Linksjugend [‘solid] ist unsere Plattform, auf der junge Menschen selbst Politik machen können. Wir sind SchülerInnen, Azubis, Studierende und junge ArbeiterInnen, die sich für linke Politik zusammengefunden haben. Die Gestaltung unseres Lebens wollen wir als sozialistischer Jugendverband nicht anderen überlassen, sondern setzen uns aktiv gegen Herrschafts- und Un-

terdrückungsverhältnisse ein. Wir kämpfen für eine demokratisch-sozialistische Gesellschaft, in der nicht der Profit, sondern die Bedürfnisse von Menschen und Umwelt im Vordergrund stehen.

Die regelmäßigen Treffen von Linksjugend [‘solid] Kassel finden mittwochs um 18 Uhr im Linke-Büro (Schillerstr. 21, Nähe Haltestelle „Lutherplatz“) statt und sind für alle Interessierten bis zum 35. Lebensjahr offen – komm vorbei!

Wussten Sie schon, . . .

dass die Stadt Kassel letztes Jahr 42 Millionen Euro Gewinn gemacht hat? In soziale Projekte, die öffentliche Daseinsvorsorge oder dringend notwendige Sanierungen der Kasseler Schulen soll das Geld dann aber nicht investiert werden, wenn es nach dem jetzigen Kämmerer und zukünftigen Oberbürgermeister Christian Geselle geht. Nach Aussage von Geselle soll lieber für „schlechte

Zeiten“ gespart werden.

Neues vom „Fluchhafen“

Die Nutzung „Alternativer Fakten“ ist nicht länger Alleinstellungsmerkmal transatlantischer Neupräsidenten. Langsam finden sie auch in der Kasseler Kommunalpolitik Anwendung, wenn man sich die Aussage des Kämmerers Christian Geselle im HNA-Interview vom 14.

März zu den angeblich sprudelnden Gewerbesteuererträgen der Stadt Kassel aus dem Betrieb des Flughafens Kassel-Calden zu Gemüte führt. Geselle lässt den Eindruck entstehen, die Steuereinnahmen der Stadt lägen pro Jahr höher, als das jährliche Defizit (6,1 Mio.) des Flughafens. Problem nur: Es gibt überhaupt keinen Vertrag mit der Gemeinde Caldén über die Aufteilung der Gewerbesteuer! Die Einnahmen der Stadt liegen also bei genau 0 Euro.

KULTUR & SOZIALES

8. Kasseler Kultur- und Sozialkompass

Die neue Auflage ist da! Der Kasseler Kultur- und Sozialkompass wurde aktualisiert und ist nun in der 8. Auflage erschienen. Viele Öffnungszeiten haben sich geändert, neue Angebote sind dazu gekommen, andere sind weg gefallen.

Die Broschüre versteht sich als alternativer Stadtführer für Menschen mit wenig Geld, der eine unbürokratischere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben vereinfachen soll. Die Kasseler Linke sieht dieses Projekt als eine Ergänzung zu ihrem politischen Engagement im sozialen Bereich wie z.B. den seit Jahren andauernden Aktivitäten für ein Sozialticket in Kassel oder für einen Kasselpass/Sozialpass.

In den letzten Jahren ist der Sozialkompass bekannt und beliebt geworden. Viele Beratungsstellen, Zentren und Projekte verteilen inzwischen den Kompass.

Auch in anderen Städten hat er inzwischen Nachahmer gefunden. Das motiviert zum Weitermachen: Auf der Internetseite www.sozialkompass-kassel.de findet man zusätzliche Angebote und einige Beiträge auf Türkisch und Englisch. Wir freuen uns sehr über Feedback und Hinweise auf weitere Angebote und möchten uns bei allen, die die Finanzierung unterstützt haben bedanken.

Die Broschüre ist demnächst an vielen Orten in Kassel zu bekommen, z.B. bei den Einrichtungen von Diakonie, Caritas, diversen Stadtteil- und Gemeindezentren, in Kulturzentren wie dem Schlachthof, ebenso wie im Café Nautilus oder bei der Sozialen Hilfe. Auch Migrations- und Sozialberatungsstellen haben den Sozialkompass zum Weitergeben ausliegen. Bei Interesse kann die Broschüre im Fraktionsbüro der Kasseler Linken unter



der Telefonnummer 0561-7873315 oder info@sozialkompass-kassel.de bestellt werden.

Terminkalender

Treffen, Veranstaltungen, Aktionen, Demos...

Jeden Dienstag (nicht an Feiertagen) 14 - 15:30 Uhr Hartz-IV-Beratung mit der Anwältin für Sozialrecht Frau Kathrin Fuchs im Büro DIE LINKE, Schillerstraße 21 Kassel

Jeden Mittwoch trifft sich die Linksjugend [´solid] ab 18 Uhr im Büro DIE LINKE, Schillerstraße 21

Jeden Donnerstag (nicht an Feiertagen und in den Ferien) 14-16 Uhr BürgerInnensprechstunde im Fraktionsbüro W25 im Rathaus: Tips rund um Soziales und ALG II

Jeden Freitag von 13:30 bis 15:30 Uhr Flüchtlings-sprechstunde im Büro DIE LINKE, Schillerstraße 21

Aktuelle Termine unter www.kasseler-linke.de/termine

Aus den Stadtteilen

Nordholland: Jeden zweiten Mittwoch im Monat trifft sich die Nordstadtlinke ab 19:30 Uhr im Büro in der Schillerstraße 21.

Wahlheiden/Vorderer Westen: Am Sonntag, den 21. Mai 15 Uhr trifft sich die LINKE-Stadtteilgruppe West in der Backstube, Kochstraße 16. Info unter west@die-linke-kassel-stadt.de

Impressum linKS zeitung

Herausgeber: Fraktion Kasseler Linke
 Obere Königsstraße 8, 34117 Kassel
 Tel 0561 787 3315
 E-Mail kontakt@kasseler-linke.de
www.kasseler-linke.de
 V.i.S.d.P.: Lutz Getzschmann
 Redaktion: Jens Meyer
 Druck: Grafische Werkstatt von 1980, Kassel
 Auflage: 8.000

**+ DIE +
 LINKSZEITUNG**

Die Linkszeitung www.linkszeitung.de ist eine Online-Zeitung im Internet. Sie berichtet seit Jahren über ein weites Themenspektrum und charakterisiert sich selber als frei, sozial und konsequent kritisch. Sie hat freundlicherweise unserer lokal erscheinenden Zeitung der Kasseler Linke erlaubt, den Namen weiter zu verwenden.